

ERLÄUTERUNGEN – 275 W

(Die Gesetzesbestimmungen sind auf der Webseite des FÖD Finanzen unter www.fisconetplus.be verfügbar.

Betroffene Artikel:

Art. 240, 289quater bis 289novies, 292bis und 530, des Einkommensteuergesetzbuches 1992, und Art. 81 bis 82 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Einkommensteuergesetzbuches 1992

Benutzte Abkürzungen

| | |
|-----------------|---|
| Stj. | Steuerjahr |
| Art. | Artikel |
| GSt. | Gesellschaftssteuer |
| StGF/G | Steuer der Gebietsfremden - Gesellschaften |
| EStGB 92 | (des) Einkommensteuergesetzbuch(es) 1992 |
| KE/EStGB 92 | (des) Königliche(n)r Erlass(es) zur Ausführung des EStGB 92 |
| Steuerzuschrift | Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung |
| BZ | Besteuerungszeitraum |

Allgemeines

- Für folgende Anlagen,
 - Patente und
 - Anlagen zur Förderung und Entwicklung neuer Produkte und hochentwickelter Technologien, die keine Auswirkungen auf die Umwelt haben oder negative Auswirkungen auf die Umwelt verringern sollen (diese Anlagen sind in Art. 48 §1 KE/EStGB92 festgelegt), kann auf die GSt. oder StGF/G eine Steuerzuschrift (Zeile "Einmalig" der Rubrik "Einmalige Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung") angerechnet werden, die dem in nachfolgendem Absatz vorgesehenen Steuersatz entspricht, der auf einen Teil des Investitions- oder Anschaffungswertes von im Neuzustand gebildeten oder erworbenen Sachanlagen und neuer immaterieller Anlagen angewandt wird, falls diese Anlagen in Belgien der Verwirklichung des Gesellschaftszwecks dienen.
- Der vorgenannte Steuersatz entspricht dem in Art. 215 Abs. 1 EStGB 92 vorgesehenen Steuersatz, erhöht um die zusätzliche Krisenabgabe gemäß Art. 463bis EStGB 92. Der betroffene Teil entspricht dem in Artikel 69 §1 Abs. 1 Nr. 2 EStGB 92 vorgesehenen Prozentsatz. Die Steuerzuschrift wird somit errechnet durch Anwendung von 33,99 % auf das Produkt aus der Multiplikation des Investitions- oder Anschaffungswertes der betroffenen Anlagen ("Patente" oder "Forschung und Entwicklung") mit dem Prozentsatz von 13,5 %.
- Für unter Punkt 1, 2. Spiegelstrich angeführte Anlagen können die Steuerpflichtigen die Staffelung der Steuerzuschrift auf den Abschreibungszeitraum dieser Anlagen wählen. In diesem Fall entspricht die gestaffelte Steuerzuschrift (Zeile "Gestaffelt" der Rubrik "Gestaffelte Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung") dem vorgenannten Steuersatz, angewandt auf die zugelassenen Abschreibungen eines jeden BZ innerhalb des Abschreibungszeitraums, multipliziert mit dem in Art. 70 Abs. 2 EStGB 92 vorgesehenen Prozentsatz. Die Steuerzuschrift wird somit errechnet durch Anwendung von 33,99 % auf die angenommenen Abschreibungen der Anlagen ("Forschung und Entwicklung"), multipliziert mit dem Prozentsatz von 20,5 %.
- Rubrik "Gestaffelte Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung" ist für die Berechnung der vorgenannten Steuerzuschrift für Investitionen, die während des an Stj. 2017 gebundenen BZ erworben oder gebildet wurden, vorgesehen.

In Rubrik "Gestaffelte Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung für Investitionen aus vorhergehenden Besteuerungszeiträumen" wird der Gesamtbetrag der gestaffelten Steuerzuschriften, worauf der Steuerpflichtige für

das Stj. aufgrund von Investitionen der vorangehenden Stj. Anrecht hat, eingetragen. Dieser Betrag ist in einer getrennten Anlage zu detaillieren.

- Wenn anlässlich der Abtretung oder der Außer-Betrieb-Setzung einer Anlage die Gesamtheit der gestaffelt angerechneten Steuerzuschriften niedriger ist als die Steuerzuschrift, die in einem Mal hätte angerechnet werden können, wird eine entsprechende zusätzliche Steuerzuschrift (Rubrik "Zusätzliche Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung") gewährt.
- Ist für ein Stj. keine GSt. geschuldet oder ist die GSt. oder StGF/G zu gering, wird die für dieses Stj. nicht angerechnete Steuerzuschrift nacheinander auf die folgenden vier Stj. übertragen.
- Die Anrechnung der übertragenen Steuerzuschrift darf jedoch für jedes der folgenden Steuerjahre pro Steuerjahr 161.850 Euro nicht übersteigen oder, wenn die übertragene Steuerzuschrift am Ende des vorangehenden Stj. 647.410 Euro übersteigt, nicht größer als 25 % dieses Gesamtbetrags sein.
- Der Restbetrag der übertragenen Steuerzuschrift des ältesten Steuerjahres wird als erster angerechnet.
- Kann ein Teil der Steuerzuschrift eines bestimmten Steuerjahres nicht auf die Steuer von fünf aufeinanderfolgenden Stj. angerechnet werden, wird dieser Teil erstattet.

In Zeile "Für das vorliegende Steuerjahr zu erstatten" der Rubrik "Anrechenbare Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung der vorangehenden Besteuerungszeiträume" wird der Betrag des Teils der für Stj. 2013 angegebenen anrechenbaren und rückzahlbaren Steuerzuschrift eingetragen, der nicht mit der GSt. der Stj. 2013 bis 2017 verrechnet werden konnte.
- Bei Übernahme oder Änderung in der Kontrolle über die Gesellschaft im Laufe des BZ, die keinen legitimen finanziellen oder wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht, wird die noch nicht angerechnete Steuerzuschrift weder auf die GSt. dieses BZ, noch auf einen späteren BZ übertragen.
- Im Falle einer in Art. 46 § 1 Absatz 1, 2., Art. 211 § 1 oder Art. 231 § 2 Absatz 1 EStGB 92 bezeichneten Fusion, Aufspaltung oder Einbringung kann eine Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung an die übernehmende oder begünstigte Gesellschaft übertragen werden. Die Steuerzuschrift ist nicht erstattungsfähig (Rubrik "Anrechenbare und nicht rückzahlbare Steuerzuschrift für Forschung und Entwicklung der vorangehenden Besteuerungszeiträume").
- Um die Steuerzuschrift beanspruchen zu können, muss der Steuerpflichtige diese Möglichkeit unwiderruflich ab einem bestimmten Stj. wählen.
- Derjenige, der diese Wahl getroffen hat, kann den in den Art. 69 §1 Abs. 1 Nr. 2 a) und b) und 70 Abs. 2 (70 Abs. 1 Nr. 1 EStGB 92 im Falle einer positiven Entscheidung der Europäischen Kommission - siehe folgenden Absatz) vorgesehenen Investitionsabzug nicht mehr beanspruchen.

Der in Artikel 70 Abs. 1 Nr. 1 EStGB 92 erwähnte Investitionsabzug gilt für ab 01.01.2016 erworbene oder gebildete Investitionen unter der Bedingung, dass aus einer Entscheidung der Europäischen Kommission hervorgeht, dass diese Maßnahme keine unvereinbare staatliche Beihilfe darstellt. Die Erfüllung dieser Voraussetzung muss Gegenstand einer vom Minister der Finanzen im Belgischen Staatsblatt veröffentlichten Stellungnahme sein (Art. 100 des Gesetzes vom 26. Dezember 2015 über Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Kaufkraft, BS 30.12.2015, Ausg. 2).

- Für Steuerpflichtige, die der GSt. oder StGF/G unterworfen sind und die ab einem bestimmten Steuerjahr die

Steuerpflichtigen gewählt haben, wird vom Gesamtbetrag des übertragenen Investitionsabzugs zum Ende des vorangehenden Stj. der Anteil des Gesamtbetrags, der den gemäß Art. 69 §1 Abs. 1 Nr. 2 a) und b) und 70 Abs. 2 (70 Abs. 1 Nr. 1 EStGB 92 im Falle einer positiven Entscheidung der Europäischen Kommission - siehe vorherigen Absatz) ermittelten Abzügen für Investition entspricht, für die drei vorangehenden Stj. abgezogen.

15. Der im vorangehenden Abschnitt abgerechnete Teil wird durch Multiplikation dieses Teils mit dem unter Punkt 2 bezeichneten Steuersatz in eine übertragene Steuerpflicht umgewandelt.
16. Diese Steuerpflicht wird als zu dem Stj. gehörend betrachtet, das demjenigen, wofür die Steuerpflicht gewählt wurde, vorangeht.
17. Diese aus der Umwandlung entstandene Steuerpflicht ist nicht erstattungsfähig, kann aber zeitlich unbegrenzt übertragen werden (Rubrik "Anrechenbare und nicht rückzahlbare Steuerpflicht für Forschung und Entwicklung der vorangehenden Besteuerungszeiträume").
18. Für dieselben Steuerpflichtigen, die in Anwendung von Art. 70 Abs. 2 (70 Abs. 1 Nr. 1 EStGB 92 im Falle einer positiven Entscheidung der Europäischen Kommission - siehe hier vor) die Staffelung des Investitionsabzugs für Anlagen, die in Besteuerungszeiträumen vor der Wahl der Steuerpflicht erworben oder gebildet wurden, gewählt hatten, entspricht die gestaffelte Steuerpflicht, die an die Stelle des gestaffelten Investitionsabzugs für diese Anlagen tritt, für jeden verbleibenden BZ innerhalb des Abschreibungszeitraums den angenommenen Abschreibungen des BZ, multipliziert mit dem in Art. 70 Abs. 2 EStGB 92 vorgesehenen Prozentsatz und dem unter Punkt 2 erwähnten Steuersatz.

Zu erledigende Formalitäten

Um die Steuerpflicht beanspruchen zu können, muss der Steuerpflichtige der Gesellschaftssteuererklärung oder Erklärung zur StGF/G des BZ, im Laufe dessen die Anlagen erworben oder gebildet wurden, ein ausgefülltes, datiertes und unterzeichnetes Formular 275 W beilegen (Registerkarte 275 W in der elektronischen Erklärung BIZTAX).

Ferner muss er folgende Unterlagen zur Verfügung der Verwaltung halten:

1. ein Verzeichnis pro Anlagenkategorie, so wie sie in den Art. 69 § 1 Abs. 1 Nr. 2 a) und b) und 70 Abs. 2 (70 Abs. 1 Nr. 1 EStGB 92 im Falle einer positiven Entscheidung der Europäischen Kommission - Erläuterungen siehe hier vor) bezeichnet sind, unter Angabe derselben Informationen wie in Art. 47 Nr. 2 KE/EStGB 92 angeführt,
2. die gleichen Dokumente wie sie in Art. 47bis KE/EStGB 92 für die "Patente" vorgesehen sind,
3. die gleichen Dokumente wie sie in Art. 48 §4 KE/EStGB 92 für die unter Punkt 1, 2. Spiegelstrich im Teil "Allgemeines" vorgesehen sind.